

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Pye (3)

am Dienstag, 20. Mai 2008

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.35 Uhr

Ort: Gaststätte Siebenbürgen, Fürstenauer Weg 191

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Bürgermeister Jasper

von der Verwaltung: Erster Stadtrat Herr Leyendecker
Herr Säuberlich, Fachbereich Städtebau, Fachdienst Straßenbau

als Gäste: Herr Meyer, Stadtwerke Osnabrück AG
Herr Meyer-Luu, Stadtwerke Osnabrück AG

Protokollführung: Frau Hoffmann, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Anregungen und Wünsche
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
 - a) Sanierung der Brücke Süberweg über das Piesberger Anschlussgleis
 - b) Informationen zum "Masterplan Mobilität"
- 4 Von Bürgern, Vereinen etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Buswartehäuschen an der Haltestelle Große Siebenbürgen, stadtauswärts
 - b) Buswartehäuschen an der Haltestelle Große Siebenbürgen, stadteinwärts
 - c) Vandalismus in der Silvesternacht 2007 vor dem Gebäude Fürstenauer Weg 182
 - d) Durchfahrt über die Parkplätze vor der Volksbank Pye
 - e) Tempo 30 im Bereich der Gaststätte Siebenbürgen
 - f) Genehmigung von 150 m hohen Windkrafträdern auf dem Piesberg
 - g) Müllverbrennung im Stadtgebiet
 - h) Baustellenverkehr über die Straße Am Stollenbach
 - i) Geschwindigkeit auf der „Rennbahn“ Am Stollenbach

Herr Jasper begrüßt ca. 30 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder Frau Mersch, Herr Thöle, und stellt die Gäste und die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Jasper verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 13.11.2007 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Anregungen und Wünsche (TOP 2)

keine

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Sanierung der Brücke Süberweg über das Piesberger Anschlussgleis

Herr Säuberlich berichtet über die geplante Brückensanierung, die voraussichtlich im Zeitraum August 2008 bis etwa April 2009 durchgeführt werden soll. Die Sanierung dient dem Substanzerhalt der Brücke. Die Gestaltung wird aus Denkmalschutzgründen nicht verändert. Die Brücke wird eine neue Betondecke erhalten und kann dann in beiden Richtungen gleichzeitig befahren werden. Die Leitplanken werden entfernt. Auf einer Straßenseite wird es weiterhin einen Fußweg geben. Auf der anderen Seite wird ein etwa 50 cm breites Schrammbord angelegt. Für die Sanierung ist voraussichtlich eine Vollsperrung erforderlich.

Ein Bürger fragt nach der Tonnenbelastung der Brücke.

Herr Säuberlich teilt mit, dass die Belastung mit „30/60“ ausgelegt ist, d. h. nach Sanierung der Brücke und dem Abbau der Leitplanken ist ein Begegnungsverkehr von Lkw möglich.

3 b) Informationen zum "Masterplan Mobilität"

Herr Säuberlich berichtet anhand einiger Folien über den Masterplan Mobilität, der den geltenden Verkehrsentwicklungsplan von 1992 ablöst. Der Masterplan stellt den Orientierungsrahmen für die Verkehrsentwicklungsplanung der nächsten zehn bis 15 Jahre für das Stadtgebiet von Osnabrück dar. Ziel ist eine Bestandsaufnahme, aber auch ein Handlungskonzept, bei dem Leitlinien entwickelt, Schwerpunkte gesetzt und Prognoseszenarien erarbeitet werden. Im Herbst 2007 fanden bereits umfassende Verkehrszählungen statt. Der Masterplan Mobilität soll Anfang 2009 fertig gestellt werden.

Bei der Erarbeitung des Masterplans werden alle Verkehrsarten betrachtet (Fußgänger, Radfahrer, Pkw, ÖPNV usw.). Im Vergleich zu älteren Verkehrsentwicklungsplänen liegt der Schwerpunkt auf der Planung der Mobilität und nicht auf der ausschließlichen Infrastrukturplanung. Querschnittsthemen wie Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit, aber auch strategische Umweltprüfungen (Feinstaub, Lärm) werden mit einbezogen.

Weiterhin wurde ein Arbeitskreis mit etwa 35 Teilnehmern eingerichtet (verschiedene Verbände, Interessensvertreter, Polizei, Verkehrsexperten, Ratsfraktionen, Behörden, Vertreter von Landkreis und Umlandgemeinden u. a.).

Der Planungsprozess wird von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit (Presseberichte, Flyer, Information in den Bürgerforen) begleitet. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat die Möglichkeit, sich an dem Planungsprozess zu beteiligen. Unter www.osnabrueck.de/masterplan-mobilitaet steht ein Online-Formular bereit, mit dem Anregungen, Ideen und Verbesserungsvorschläge mitgeteilt werden können. Demnächst soll im Internet ein Diskussionsforum eingerichtet werden. Schriftliche Stellungnahmen können darüber hinaus an den Fachbereich Städtebau, Fachdienst Verkehrsplanung, Postfach 4460, 49034 Osnabrück, Fax: 0541/323-2713, gerichtet werden.

Ein Bürger weist darauf hin, dass nicht alle Bürger über einen Internetzugang verfügen und fragt, wie die Rückmeldungen der Bürger ausgewertet werden.

Herr Leyendecker stellt klar, dass jede Meldung gleichrangig behandelt wird, ob sie nun von Anwohnern oder aus dem Arbeitskreis kommt, über das Internet oder persönlich oder schriftlich eingereicht wird.

4. Von Bürgern, Vereinen etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 4)

4 a) Buswartehäuschen an der Haltestelle Große Siebenbürgen, stadtauswärts

Der Antragsteller weist auf Absprachen hin, wonach dieses Wartehäuschen weder über eine Bank noch eine Beleuchtung verfügen sollte, um den Vandalismus auf dieser Straßenseite weiter zu reduzieren.

u n d

4 b) Buswartehäuschen an der Haltestelle Große Siebenbürgen, stadteinwärts

Zwei Antragsteller fragen, wann das seit mehreren Monaten in Aussicht gestellte Wartehäuschen errichtet wird.

Herr Leyendecker weist darauf hin, dass die Wartehäuschen inzwischen aufgestellt wurden.

Eine Bürgerin kritisiert, dass stadteinwärts kein neues, sondern nur ein gebrauchtes Buswartehäuschen aufgestellt wurde und dass man sieben Monate darauf warten musste.

Herr Meyer von den Stadtwerken berichtet, dass die Aufstellung der Wartehäuschen von der Stadt Osnabrück koordiniert und entsprechend einer Prioritätenliste vorgenommen wird (z. B. vorrangig für die Innenstadt mit stark frequentierten Haltestellen). Das führt dazu, dass Wartehäuschen, die noch in einem guten Zustand sind, an anderer Stelle neu aufgebaut werden. Wie auch in anderen Städten üblich, werden die Wartehäuschen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit in Kooperation mit einem Werbeträger angeschafft.

Herr Halbrügge berichtet, dass es an dieser stadtauswärtige Bushaltestelle nach wie vor Vandalismusprobleme gibt. Es gab schon mehrere Gespräche mit der Stadtverwaltung und den Stadtwerken. Eine Sitzbank ist in dem Wartehäuschen nicht mehr vorhanden, womit die nächtlichen Personenansammlungen verhindert werden. Inzwischen sei zu beobachten, dass sich nachts zwischen ca. 1.30 und 5.00 Uhr an der beleuchteten Stelle Personen versammeln. Daher sollte auch die Beleuchtung abgeklemmt werden. Wegen der Vandalismusprobleme mussten schon Polizei und Feuerwehr gerufen werden. Die erforderliche Helligkeit an der Bushaltestelle sei gewährleistet durch die daneben stehende Straßenlampe.

Herr Säuberlich teilt mit, dass die Abschaltung der Beleuchtung von den Stadtwerken aus Sicherheitsgründen abgelehnt wird, da zum einen die Fahrgäste morgens und abends bzw. während des Winters nicht im Dunkeln warten sollen und darüber hinaus die Busfahrer mög-

lichst früh erkennen sollen, ob jemand an der Haltestelle wartet. Darüber hinaus müsste eine Abstimmung mit dem Aufsteller der Buswartehäuschen erfolgen.

Ein weiterer Anwohner hält die Sanierung dieses Straßenabschnitts am Fürstenauer Weg insgesamt für sehr gelungen.

Herr Jasper bittet darum, die Frage der Beleuchtung innerhalb der Verwaltung nun abschließend zu klären.

4 c) Vandalismus in der Silvesternacht 2007 vor dem Gebäude Fürstenauer Weg 182

Der Antragsteller fragt, ob für den in der Silvesternacht entstandenen Schaden (Abbrand einer Straßenlaterne) der Verursacher ermittelt wurde und welche Maßnahmen die Stadtverwaltung ergreifen kann, um dem Vandalismus an diesem bekannten Brennpunkt Einhalt zu gebieten.

Herr Leyendecker berichtet, dass eine Strafanzeige gestellt wurde, aber kein Täter ermittelt werden konnte. Solche Vorkommnisse seien natürlich nicht zu akzeptieren, könnten dennoch gerade in einer Silvesternacht nicht immer verhindert werden. Eine permanente Kontrolle dieses Straßenabschnittes sei nicht möglich. Ein Brennpunkt für Vandalismus werde hier auch nicht gesehen, dies würden die entsprechenden Fachdienststellen der Verwaltung bestätigen.

Herr Riepe berichtet, dass sich zu Silvester mehrere Hundert Personen treffen, da sich bei Siebenbürgen der höchste Punkt von Pye befindet und eine weitere Sicht auf die Stadt bietet. Auch sei zu beobachten, dass dabei nicht nur die üblichen Silvesterraketen abgefeuert werden.

Herr Halbrügge berichtet, dass solche Vorkommnisse nicht nur an Silvester beobachtet würden, sondern nach wie vor ein aktuelles Thema seien. Es habe bereits in den Jahren 2003, 2006 und 2007 Gespräche mit Verwaltung und Polizei gegeben. Im September 2007 sei durch den Fachbereich Bürger und Ordnung eine Kontrolle durch das OS TEAM zugesagt worden. Zu den Vorkommnissen in der Silvesternacht 2007 wurden die Anlieger aber nicht befragt.

Herr Leyendecker stellt klar, dass bei kriminellen Vorkommnissen unverzüglich die Polizei zu informieren sei. Mitarbeiter der Stadtverwaltung könnten in dieser Sache nicht tätig werden. Wenn Bürger zu Vorfällen konkrete Aussagen machen könnten, müssten sie sich sofort an die Polizei wenden.

Herr Leyendecker sagt weiterhin zu, die Polizei auf die Treffen in den Silvesternächten hinzuweisen.

4 d) Durchfahrt über die Parkplätze vor der Volksbank Pye

Die Antragstellerin sieht hier einen neuen Unfallschwerpunkt und fragt, wie die Verwaltung dagegen angeht.

Herr Säuberlich berichtet, dass auf dem Parkplatz der Volksbank zurzeit zwei Kunststoffbarrieren stehen, um die Durchfahrt von Kfz zu verhindern. Vertreter der Volksbank haben mitgeteilt, dass die Frage der Sperrung auf ihrem Parkplatz noch auf einer Eigentümergeversammlung besprochen wird.

Ein Bürger berichtet, dass sich die Probleme nach Aufstellen der Barrieren doch erledigt hätten. Der Parkplatz sei von beiden Seiten erreichbar und die unerwünschte Durchfahrt würde verhindert.

Eine Bürgerin widerspricht dieser Aussage. Zwar würden keine Pkw und Lkw mehr durchfahren. Dennoch entstünden durch Motorradfahrer und Fahrradfahrer nach wie vor Gefahrensituationen für die direkten Anlieger, wenn sie ihre Grundstücke verlassen wollen.

Ein Bürger schlägt vor, eine dritte Barriere aufzustellen, damit wäre die Durchfahrt komplett versperrt.

Herr Leyendecker weist darauf hin, dass es sich noch um eine provisorische Absperrung handelt. Darüber hinaus sei eine gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer unerlässlich.

4 e) Tempo 30 im Bereich der Gaststätte Siebenbürgen

Die Antragstellerin fragt, wann die in der letzten Sitzung angekündigte Tempo-30-Zone in diesem Bereich umgesetzt wird.

Herr Säuberlich berichtet, dass die Verwaltung inzwischen veranlasst hat, dass eine Beschilderung mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h im umgestalteten Bereich der Bushaltestellen, der Mittelinsel und der Fahrbahnverschwenkung aufgestellt wird. Mit der Umsetzung kann in absehbarer Zeit gerechnet werden.

4 f) Genehmigung von 150 m hohen Windkraftträdern auf dem Piesberg

Die Antragstellerin befürchtet zusätzliche Lärmbelastungen für Pye.

Herr Meyer von der Stadtwerke Osnabrück AG stellt die bisherige Situation am Piesberg und die Pläne für die Erneuerung der Windkraftanlagen vor.

In den Jahren 1992 bis 1997 wurden auf der Felsrippe vier Windkraftanlagen errichtet. Jede Anlage hat eine Nennleistung von 500 kWh. Durch die Nutzung der Windenergie verringern die vier Windkraftanlagen der Stadtwerke Osnabrück auf dem Piesberg den Einsatz fossiler Energieressourcen. Seit etwa einem Jahr gibt es Überlegungen, diese Anlagen durch bis zu drei leistungsfähigere Maschinen zu ersetzen (mit ca. 2.000 bis 2.500 kWh). Zurzeit erfolgt die Ausschreibung für diese neuen Anlagen. Seit einigen Wochen läuft das Genehmigungsverfahren. Dabei wird u. a. ein Gutachten zum Artenschutz erstellt, mit dem das Aufkommen und die Flugzeiten der Fledermäuse berücksichtigt werden. Weiterhin muss ein Standsicherheitsgutachten erstellt werden. Auch die Mindestabstände zu Wohnhäusern u. a. sind mit zu beachten. Selbstverständlich wird auch die Schallsituation geprüft. Die bisherigen Anlagen emittieren etwa 43 db(A). Die neuen Anlagen werden voraussichtlich etwas höhere Schallwerte erreichen, bleiben dennoch unter den Grenzwerten der TA-Lärm. Die Grenzwerte der TA-Lärm (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm) betragen 65 dB(A) (tagsüber) bzw. 45 dB(A) (nachts). Die neuen Windkraftanlagen könnten vorbehaltlich der Genehmigung etwa Ende 2009 in Betrieb genommen werden. Ob bzw. welche der bisherigen Anlagen noch in Betrieb bleiben werde, sei noch offen.

Eine Bürgerin hält die Windkraftnutzung im Binnenland generell nicht für effizient. Dazu kämen weitere Einschränkungen beim Betrieb, z. B. durch den Fledermausschutz. Sie führt aus, dass die Grundstücke in Pye ihren Wert verlieren würden. Außerdem würde der Mindestabstand von 1.500 m zur nächsten Bebauung nicht eingehalten.

Herr Meyer teilt mit, dass die Einschränkungen durch den Fledermausflug marginal wären, da es sich allenfalls um einige Stunden handelt, während der die Anlagen gar nicht bzw. langsamer laufen würden. Er weist darauf hin, dass solche Fragen, wie z. B. auch die Einhaltung vorgeschriebener Abstände zur Wohnbebauung, Teil des Genehmigungsverfahrens sind und bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorgaben auch keine Genehmigung erfolgen könne.

Ein Bürger sieht die neuen Anlagen mit einer Höhe von bis zu 150 m gegenüber den jetzigen Anlagen (42 bzw. 48 m + 20 Meter Rotorlänge) als eine Verschandelung der Landschaft an.

Eine Bürgerin spricht weitere Auswirkungen wie den Eiswurf, den Schattenwurf und die Dauerbeleuchtung an und fragt, wo es ähnliche hohe Anlagen in der Umgebung von Osnabrück gibt.

Herr Meyer erklärt, dass ein Eiswurf aufgrund einer Beheizung der Rotoren nicht stattfinden wird. Die Blinklichter würden synchronisiert. Auch für den Schattenwurf gebe es gesetzliche Regelungen hinsichtlich der Dauer, die sich nur auf eine bestimmte Anzahl von Minuten belaufen darf. An der BAB A30 Richtung Melle stehen kurz vor Gesmold zwei Anlagen sowie hinter Melle nochmals zwei Anlagen, die etwa 150 m hoch sind. Allerdings sind diese Anlagen mit Stahlgittermasten errichtet worden.

Herr Serrahn fragt, wie die Bürger sich in das laufende Verfahren einbringen können und welche weiteren Bürgerinformationen geplant sind.

Anmerkung der Verwaltung zu Protokoll:

Für die Erneuerung der Windkraftanlagen auf dem Piesberg wird die Stadt Osnabrück ein Bebauungsplanverfahren durchführen. Der Beginn des Verfahrens soll in 2008 erfolgen, je nachdem, wann die Ergebnisse des Ausschreibungsverfahrens der Stadtwerke vorliegen. Der B-Plan wird im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgestellt und beraten. Im Bebauungsplanverfahren haben auch die Bürger die Möglichkeit, während der „frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit“ und während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans (jeweils 1 Monat) Anregungen und Bedenken vorzubringen. Die jeweiligen Termine werden in der Presse und im Internet bekannt gegeben.

Ein Bürger fragt, ob man nicht mehrere kleine Anlagen aufstellen könnte.

Herr Meyer-Luu erläutert, dass die Stadtwerke den Anteil der regenerativen Stromerzeugung weiter erhöhen wollen bis etwa 25 bis 30 %. Im deutschen bzw. europäischen Raum seien bei der Nutzung regenerativer Energien nur die Windkraft und die Wasserkraft relevant. Der Piesberg sei der einzig wirtschaftliche Standort für Windkraftanlagen im Stadtgebiet. Kleinere Windräder seien nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben und in Deutschland gar nicht mehr am Markt erhältlich. Über die so genannte Verspargelung der Landschaft werde gerade in den Küstenregionen immer wieder diskutiert. Wenn aber der Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung erhöht werden solle, müsse man sich mit solchen Fragen auseinandersetzen.

Herr Jasper hält abschließend fest, dass die Befürchtungen der anwesenden Bürger aufgenommen werden und die einzelnen Argumente durchaus nachvollziehbar seien. Dennoch sollte das weitere Verfahren abgewartet werden.

Eine Bürgerin gibt zu bedenken, dass der Stadtteil Pye ohnehin belastet sei durch den Steinbruchbetrieb mit den Lärmbelastungen und den Betrieb der Firma Herhof. Der Steinbruchbetrieb sei nicht mehr zumutbar. Nach der Verlagerung des Schüttplatzes müsste dort der Feinstaubgehalt kontrolliert werden.

Herr Thöle erinnert an die Situation in früheren Jahren. Die Staub- und Lärmsituation hätte sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, nachdem die alte Brecheranlage verlegt und eingehaust wurde. Es liege in der Natur eines Steinbruchbetriebes, dass er bestimmte Auswirkungen mit sich bringe. Dieser Betrieb sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Osnabrück. Das Unternehmen habe zudem deutliche Zugeständnisse für die Verringerung der Emissionen gemacht. In vielerlei Hinsicht wurden in den letzten Jahren Verbesserungen für Pye erzielt. Dazu gehöre die zukünftige Nutzung der alten Brecheranlage als ein Standort für die Dampflokfreunde ebenso wie die positive Entwicklung des Museums Industriekultur.

Seitens der Zuhörer gibt es hierzu eine große Zustimmung.

Eine Bürgerin hält die neue Brecheranlage für wesentlich lauter als vorher.

Mehrere Bürger halten dies für nicht zutreffend.

Herr Jasper berichtet, dass er mehrfach vor Ort war und bestätigen könne, dass sich die Emissionen verringert hätten und sich die Situation für Pye positiv entwickeln würde.

4 g) Müllverbrennung im Stadtgebiet

Die Antragstellerin befürchtet weitere Belastungen für den Stadtteil Pye, wenn im Stadtgebiet eine energetische Verwertung (Verbrennung) des Trockenstabilats zugelassen würde.

Herr Jasper berichtet, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 15. Mai 2008 erstmalig die Ergebnisse eines Gutachtens zur CO₂-Reduktion vorgestellt wurden und nun seitens der politischen Gremien zu überlegen sei, welche Maßnahmen in Osnabrück umgesetzt bzw. gefördert werden könnten.

Herr Leyendecker berichtet, dass noch keine Diskussion auf politischer Ebene erfolgt ist. Die Stadt Osnabrück ist Mitglied im Klima-Bündnis Europäischer Städte und Gemeinden und setzt sich seit vielen Jahren durch verschiedene Maßnahmen für den Klimaschutz ein. Das im Herbst letzten Jahres in Auftrag gegebene „Maßnahmenpaket zur CO₂-Reduktion für die Stadt Osnabrück“ beinhaltet insgesamt 12 Vorschläge für eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung. Ein EBS(Ersatzbrennstoff)-Kraftwerk verwertet Sortierreste aus der Abfallaufbereitung und erzeugt Strom und Wärme und ist daher nur für einen bestimmten Abnehmerkreis geeignet (z. B. Papierindustrie). Für einen wirtschaftlichen Betrieb sind bestimmte Mindestmengen an geeignetem Material, z. B. Trockenstabilat, erforderlich. Eine solche Menge wird in Osnabrück bei der Firma Herhof nur knapp zur Hälfte produziert. Die Firma Herhof darf bis zu 85.000 t Müll pro Jahr verwerten. Dies ist vertraglich geregelt. Während des Prozesses wird inertes Material, Metall usw. aussortiert, so dass das erzeugte Trockenstabilat etwa die Hälfte der eingebrachten Menge beträgt. Das Trockenstabilat aus Osnabrück wird zurzeit per Lkw nach Itzehoe gefahren und dort verwertet. Weiterhin gibt es einen Ratsbeschluss, wonach eine Müllverbrennung auf dem Osnabrücker Stadtgebiet nicht stattfindet.

Herr Jasper erinnert an die damals stattgefundenene intensive Diskussion. Die Schließung der Deponie war bereits terminiert. Die Stadt Osnabrück musste sich um eine alternative Entsorgung bemühen. Eine Müllverbrennung im Stadtgebiet sollte verhindert werden. Eine Beförderung des Trockenstabilats auf dem Wasserwege war damals nicht durchzusetzen.

Herr Leyendecker berichtet, dass die Frage der Entsorgungswege auch eine Kostenfrage gewesen sei. Gleichwohl sei der Transport mit den Lkw auch nicht sinnvoll. Das Unternehmen zahlt zurzeit an die Abnehmer des Trockenstabilats. Dennoch sei der Preis der Müllentsorgung für die Stadt Osnabrück relativ günstig. Kommunen mit einer herkömmlichen Müllverbrennung lägen mit ihren Gebühren bis zu einem Drittel höher.

Herr Thöle erinnert daran, dass die Bürger des Stadtteils Pye bis vor kurzem noch ständig die Mülldeponie am Piesberg vor Augen hatten und die Deponierung viele Belastungen mit sich brachte wie die Sickerwassersituation und Geruchsbelästigungen. Die damals gefundene Lösung war die beste Variante. Die Mengenbeschränkung des erzeugten Trockenstabilats sollte einen Müllimport verhindern.

Herr Thöle weist ausdrücklich darauf hin, dass man bei der Diskussion zu diesem Thema erst am Anfang stehe und viele Fragestellungen zu klären sein. Auch bei der früheren Diskussion um die Abfallwirtschaft nach Schließung der Deponie wurde viel, durchaus auch

emotional, debattiert und letztendlich eine gute Lösung erreicht mit der Mengenbegrenzung des Trockenstabilats und des Verbots der Verbrennung im Stadtgebiet. Er plädiert dafür, die nun vorgelegten neuen Fragestellungen sachlich anzugehen. Abschließend weist er nochmals darauf hin, dass sich die Situation in Pye gegenüber den früheren Jahren durchaus verbessert habe.

Aus dem Zuhörerkreis wird dieser Aussage zugestimmt.

4 h) Baustellenverkehr über die Straße Am Stollenbach

Der Antragsteller kritisiert den Baustellenverkehr über die Straße „Am Stollenbach“.

Herr Säuberlich berichtet, dass es eine Absprache zwischen Stadtverwaltung und dem Bauunternehmen gibt, den Baustellenverkehr nicht über Am Stollenbach, sondern Am Weingarten zu führen. Diese Absprache wird aber nicht immer eingehalten.

Nun gebe es zwei Möglichkeiten: Auf dem Fürstenauer Weg könne frühzeitig die entsprechende Ausschilderung angebracht werden oder die Straße Am Stollenbach könnte während der Zeiten des Schul- bzw. KiTa-Beginns und -Endes für Baustellenverkehr freigehalten werden. Diese Vorschläge müssen noch verwaltungsintern abgestimmt werden.

Herr Jasper hält eine frühzeitige Beschilderung für sinnvoll, da auch fremde Firmen das Baugebiet ansteuern. Er bittet die Verwaltung möglichst schnell zu handeln.

4 i) Geschwindigkeit auf der „Rennbahn“ Am Stollenbach

Der Antragsteller weist auf die nach wie vor bestehenden Geschwindigkeitsübertretungen hin.

Herr Leyendecker berichtet, dass diese Problematik im letzten Bürgerforum ausführlich behandelt wurde. Dabei wurde festgestellt, dass ausreichend Sicherungsmaßnahmen für den Querungsbereich vor der Schule vorhanden sind und dass es nicht sinnvoll ist, hier weitere bauliche Maßnahmen vorzusehen. Geschwindigkeitskontrollen finden statt im machbaren Umfang.

Herr Leyendecker erläutert weiterhin, dass die Stadt zurzeit drei Messwagen im Stadtgebiet im Einsatz hat. Permanente Kontrollen in der Straße Am Stollenbach könnten nicht durchgeführt werden.

Herr Serrahn berichtet, dass seit drei Jahren immer wieder die gleichen Verkehrsprobleme beobachtet würden. Hier sei ein Gefahrenpunkt, der intensiver kontrolliert werden müsse, bevor ein Unfall geschieht. Durch das Baugebiet „Süver Hang“ habe sich der Verkehr verdoppelt. Die Verwaltung sollte auch Präventionsmaßnahmen in Betracht ziehen.

Herr Jasper schlägt vor, ein Geschwindigkeits-Display aufzustellen, das bei zu schnellem Fahren einen Warnhinweis gibt.

Herr Leyendecker führt aus, dass damit eine dauerhafte Verbesserung leider nicht erreicht wird, da mit den Geschwindigkeitsüberschreitungen keine Sanktionen verbunden sind. Er berichtet weiterhin, dass in allen Bürgerforen Klagen über die Verkehrssituation vorgetragen werden. Die Bürger möchten in ihrem direkten Wohnumfeld eine hohe Verkehrssicherheit und fordern entsprechende Verkehrsbeschränkungen, andererseits möchten sie selber auf den Straßen möglichst zügig vorankommen. In einer großen Stadt wie Osnabrück könnten nicht alle Verkehrssituationen durch bauliche Maßnahmen oder Verkehrseinschränkungen reguliert werden. Die Mitarbeiter der Fachdienste Verkehrsplanung und Verkehrslenkung führen regelmäßig Besprechungen zusammen mit Vertretern der Polizei und anderen Institutionen durch. Auch die Veränderungen der Unfallzahlen werden aufmerksam beobachtet und bei Bedarf wird gegengesteuert.

In diesem Zusammenhang weist Herr Leyendecker darauf hin, dass Geschwindigkeitsmessungen durch die Verwaltung nur an Gefahrenpunkten vorgenommen werden. Es handelt sich um keine willkürlichen Maßnahmen, obwohl manche Bürger dies immer wieder der Verwaltung unterstellen.

Ein Bürger, der in der Straße Am Stollenbach wohnt, berichtet, dass im oberen Abschnitt der Straße durch die Schule und die Wohnbebauung sicherlich eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 erforderlich sei. Im weiteren Verlauf gibt es neben der Straße Waldflächen und Wiesen, so dass die Einschränkung auf Tempo 30 für den Pkw-Fahrer nicht mehr nachvollziehbar sei und daher einfach nicht funktioniere. Dort sollte die Richtgeschwindigkeit von 50 km/h eingerichtet werden.

Herr Jasper bekräftigt, dass der stärker frequentierte Straßenabschnitt mit Grundschule, Kindertagesstätte und Sportanlage zweifellos einen besonderen Schutz für die Verkehrsteilnehmer erfordere und dieses von jedem Verkehrsteilnehmer akzeptiert werden müsse.

Herr Halbrügge fragt, warum der Landkreis Osnabrück auf Stadtgebiet eine eigene Recyclinganlage einrichtet.

Herr Leyendecker berichtet, dass die Stadt Osnabrück nicht glücklich sei über diese Situation. Es finden noch Gespräche mit Vertretern von Stadt und Landkreis statt. Die Kooperation mit der Entsorgungsgesellschaft des Landkreises wird weiterhin angestrebt, da auch auf anderen Gebieten eine gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis Osnabrück besteht.

Herr Jasper dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums für die aktive Beteiligung und den Gästen sowie den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann
Protokollführerin

Anlage:
Bericht zu TOP 1

Sitzung des Bürgerforums Pye am 20.05.2008

TOP 1: Bericht aus der letzten Sitzung

Die Verwaltung hat die Anregungen und Wünsche aus der Sitzung des letzten Bürgerforums bearbeitet und Folgendes veranlasst:

Anregungen und Wünsche aus der Sitzung am 13.11.2007	Bericht der Verwaltung
Straßenbaumaßnahme Fürstenauer Weg in Höhe Siebenbürgen (TOP 2 a) hier: Schranke/Absperrung zur Vermeidung der Durchfahrt über den Parkplatz stadteinwärts rechts neben dem haltenden Bus	▷ Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 4d). In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert.
Buswartehäuschen an der Haltestelle Große Siebenbürgen (TOP 2 f)	Das stadteinwärtige Buswartehäuschen soll bis Ende Mai 2008 aufgestellt werden. ▷ Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 4a).
Geschwindigkeitskontrollen Am Stollenbach (TOP 4 b) hier: weitere Aufpflasterungen zur Geschwindigkeitsreduzierung	▷ Der TOP wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 4i). In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert.
Sanierung des Ehrenmals am Lindholzweg (TOP 4 j) hier: Zuständigkeit für die zukünftige Pflege	Das Grundstück, auf dem das Ehrenmal steht, befindet sich in privater Hand. Es gibt einen Vertrag mit der ehemaligen Gemeinde Pye über die Errichtung und Unterhaltung des Ehrenmals auf diesem Grundstück. Dieses Recht und die Verpflichtung ist durch die Eingemeindung auf die Stadt Osnabrück übergegangen.